

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **21 (1941-1942)**

Heft 1

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Es ist also schon so, daß die Stellungnahme des Direktors des Bundesamtes für Sozialversicherung zum Problem der Altersversicherung einstweilen lediglich eine persönliche Meinung darstellt. Diese Meinungsäußerung hat aber genügt, daß das Problem der Altersversicherung, das einige Jahre in den Hintergrund getreten war, für einige Zeit wenigstens auf dem politischen Kampffeld in Erscheinung getreten ist. Ob es aber die gleiche politische Zugkraft ausüben wird wie ehemals, bleibt noch abzuwarten. Erstens wirken die Enttäuschungen der Parteien am Klaustrag 1931 immer noch stark nach. Zweitens fehlen die Auftriebskräfte zu einer eidgenössischen Lösung, wenn sich außer dem stark industriellen Kanton Zürich noch andere Kantone zu einer kantonalen Lösung entschließen in der Meinung, daß der Spatz in der Hand besser sei als die Taube auf dem Dach. Drittens dürfte es sicher nicht so leicht halten, in den Kreisen der Arbeitnehmerschaft eine starke Anhängerenschaft für die Fortsetzung der zweiprozentigen Lohnabzüge zu finden. Letztendlich werden aber doch die wirtschaftlichen und finanziellen Zustände der Nachkriegszeit den Ausschlag geben. Damit kommen wir zurück auf den schon eingangs erwähnten Gedanken, daß die Sorgen der Gegenwart die Vorsorge für die Zukunft mehr denn je ersticken werden. Wir glauben deshalb nicht, daß es schon in absehbarer Zeit zu einer neuen Ley Schulthess kommen wird, welche in einer allgemeinen Bundesversicherung die Ausrichtung einer Altersrente an alle Bürger vorsah. Man wird sich höchstensfalls mit Altersbedarfsversicherungen begnügen müssen, wie sie der Kanton Zürich einzuführen im Begriffe ist, und zudem wird es sich eher um kantonale und damit auch weniger kostspielige Lösungen handeln können.

Politische Rundschau

Zur Lage.

Als am 12. März 1941 die prächtige Halle des Pera-Hotels in Istanbul durch eine heftige Explosion erschüttert und größtenteils zerstört wurde, ergab sich, daß im Gepäck des Mister RendeL, der eben mit dem Zug aus Sofia eingetroffen war, wo er seinen Posten als englischer Gesandter nach dem durch die deutschen Truppen vollzogenen Einmarsch verlassen hatte, eine Höllenmaschine abgelaufen war, wobei man sich indessen einzig darüber nicht klar war, ob das Instrument bereits — wie die Engländer behaupteten — in Sofia oder wenigstens auf der Reise von dort zur türkischen Grenze dem Gepäck des Gesandten angefügt worden war, oder ob sich dies erst auf türkischem Boden ereignet hatte. Allein man empfand es bald als eher unzweckmäßig, sich über dieser Frage länger aufzuhalten; wichtiger erschien, daß diese Explosion als unmißverständliches, wenn auch vielleicht vorzeitiges Signal erkannt wurde, daß

die trügerische Ruhe auf dem Balkan nun zu Ende gegangen war. Am 1. März war Bulgarien dem Dreimächtepakt beigetreten und am 2. März hatte der Einmarsch der deutschen Truppen in das Land begonnen, das sich, wie man nachträglich erfuhr, gewissermaßen einer Dreiteilung in seiner politischen Einstellung zu den kommenden Ereignissen ergeben hatte: die bulgarische Generalität war mit dem Großteil der Armee deutschfreundlich, der König eher anglophil, während das Landvolk sich kommunistischen Neigungen verschrieben hatte und überhaupt rußlandfreundlich war, bezw. ist. Nun war der Aufmarsch der deutschen Truppen in Bulgarien im wesentlichen vollzogen; die Diskussion ging damals in der Hauptsache um die Frage, ob aus der Verteilung der Okkupationsarmee gegebenenfalls auf Absichten gegen die thrazische Türkei geschlossen werden sollte oder nicht. Überhaupt stand die Türkei in jenen zukunftsichweren Tagen zeitweilig durchaus im Mittelpunkt des Blickfeldes, und eifrig bewarb man sich, auf beiden Seiten, um ihre wohlwollende Einstellung. Viel Erfolg ist aber in dieser Hinsicht bis heute wohl keiner der Parteien beschieden gewesen — obwohl die eine mit ihr verbündet ist —, wie überhaupt die bisherigen Verhandlungen um die Haltung der türkischen Politik eher als Vorspiel gewertet werden müssen, das, wie sich immer deutlicher zu ergeben scheint, erst in den Beginn der eigentlichen Handlung übergehen wird, wenn ein Stichwort aus dem Osten fällt. Unter diesem Gesichtspunkt erscheinen zwar die Bemühungen Edens und des britischen Generalstabschefs Dill, die in jener Zeit im mittleren Osten weilten und die türkischen Staatsmänner wiederholt sahen, wie auch anderseits der Wechsel von Handschreiben zwischen dem türkischen Staatspräsidenten und Hitler interessant; viel wichtiger jedenfalls, weil eben zugleich zukunftsweisend, erschien die russisch-türkische Freundschafts- und Neutralitätserklärung vom 25. März, worin der Türkei im Falle eines Angriffes „das vollste Verständnis der Sowjetunion“ und „vollste Neutralität“ zugesichert wurde. Schon in unserem letzten Bericht verwiesen wir auf den steigenden Einsatz der russischen Einflüsse in der türkischen Politik und auf die im Zusammenhang damit festzustellende Unklarheit in der türkischen Haltung; diese Verhältnisse scheinen sich inzwischen weiter verstärkt zu haben. Jedenfalls ist damit die Türkei bis heute außerhalb des Spiels geblieben — im Grunde nur allzu begreiflich, weil ihr wirkliches Interesse erst mit einer Gefährdung der Dardanellen einsetzt, dann aber zweifellos zur vollen Auswirkung kommen muß.

Allein der Bombenanschlag von Konstantinopel war bald vergessen. Denn nun, also nach der Beendigung der deutschen Konzentration in Bulgarien, rückte Jugoslawien in das Zentrum des Blickfeldes. Nachdem der deutsche Außenminister am 1. März in Wien, anlässlich des Beitritts Bulgariens zum Dreimächtepakt, dessen nahe bevorstehende Erweiterung verkündet hatte, konnte über das Ziel der deutschen Politik, die sich übrigens damit vor der Öffentlichkeit in hohem Maße festgelegt hatte, ein Zweifel nicht mehr bestehen. Im Grunde genommen entsprach eben dieses Vorgehen auch durchaus der logischen Erwägung, wonach eine Inangriffnahme des Problems Griechenland, mit dem der südliche Achsenpartner nun einmal einfach nicht fertig werden wollte, die vorherige völlige Abklärung des Problems Jugoslawien bedingen mußte. In diesen Tagen

also begann unter den Augen der Öffentlichkeit die entscheidende Etappe der diplomatischen Aktion, die schon zuvor, durch einen Besuch des Prinzregenten Paul in Deutschland, vorbereitet worden war.

Nun mußte sich zeigen, wie weit der britische Einfluß in Jugoslawien, der an sich zweifellos über einen nicht unbedeutenden Rest einer gefühlsmäßigen Anhänglichkeit im serbischen Volk für die ehemaligen Alliierten des Westens noch verfügen konnte, und der durch amerikanische Intervention stark gestützt wurde, durch die britischen Erfolge in Afrika gehoben war. Im Halbdunkel der Belgrader diplomatischen Sphäre kreuzten sich nun die Klingen, und das Ringen muß recht hartnäckig ausgefallen sein; mit unkontrollierbarer Häufigkeit hörte man jedenfalls von einer immer wieder geplanten und ebenso immer wieder verschobenen Wiener Reise der jugoslawischen Minister; anfänglich wurde dies bestimmtsten versichert, Jugoslawien sei allerhöchstens zur Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages mit dem Deutschen Reiche bereit: „Ein Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt kommt nach wie vor nicht in Frage“, so wurde am 13. März aus Belgrad berichtet. Am 16. März erschien in der Belgrader „Politika“ ein Aufsatz, in dem die Neutralität Jugoslawiens mit größtem Nachdruck betont wurde. Dazwischen meldete sich eine Nachricht militärischer Natur: Am 17. März hörte man zum ersten Mal von britischen Truppenlandungen in Griechenland — eine Vermutung, die nachträglich einwandfrei bestätigt worden ist.

Allein am 21. März fiel in Belgrad die Entscheidung im Sinne des Beitritts zum Dreimächtepakt. Gewiß war es Jugoslawien gelungen, durch Ausnützung der diplomatischen Lage nicht unbedeutende Konzessionen zu erreichen. Allein man erkannte sofort, daß die Opposition gegen den Schritt keineswegs überwunden war. Und obwohl am selben Tage bekannt wurde, daß die Souveränität und die territoriale Integrität Jugoslawiens respektiert würden und daß eine Forderung betreffend Durchmarsch oder Durchtransport von Truppen durch das jugoslawische Staatsgebiet nicht gestellt werden würde — obwohl gleichzeitig einiges über die Vereinbarungen um Saloniki durchzusichern begann, die, wie sich nachträglich ergab, sogar die territoriale Zuweisung der Stadt an Jugoslawien zum Inhalt hatten, war die Opposition nicht zum Schweigen zu bringen: am gleichen 21. März demissionierten verschiedene Minister, außerdem der jugoslawische Gesandte in Moskau — die für den 22. in Aussicht genommene Reise der beiden Minister nach Wien verzögert sich — nun beginnen zwar die Kroaten sich zu melden — man wirft ihnen aber bereits „Kompromißpolitik“ vor — der 23. März bringt eine scharf oppositionelle Resolution der Reserve-Offiziere — der jugoslawische Gesandte in Moskau macht sich in auffallender Weise bemerkbar... Dienstag, den 25. März erfolgt endlich die Unterzeichnung in Wien, wo in der Ansprache des jugoslawischen Ministerpräsidenten Zvetkowitz dessen äußerste Zurückhaltung auffällt — — aber nun überreicht die britische Regierung in Belgrad eine Note („... die Regierung Seiner Majestät kann nicht glauben, daß die Jugoslawische Regierung eine Handlung vornimmt, die den Nationen Schwierigkeiten bereitet, welche eine Sache verteidigen, die, wie die Britische Regierung überzeugt ist, vom jugoslawischen Volk auch als die seinige angesehen wird...“) — — am 26. März spricht der britische Staatssekretär für In-

dien, Ameru, in serbischer Sprache über den Rundfunk („... Deutschland kann aus dem Kampf gegen das Britische Reich, das von den Vereinigten Staaten unterstützt wird, nicht siegreich hervorgehen... Es ist noch nicht zu spät, um zu handeln...“) — —

In den frühen Morgenstunden des 27. März erfolgte der Umsturz.

Sollte man nun versuchen, den tieferen Ursachen des Staatsstreiches nachzugehen und auch die Umstände seiner unmittelbaren Veranlassung zu würdigen, obwohl erst eine kurze Frist seit dem schicksalhaften Tage verstrichen ist? Gewiß — allein inzwischen hat sich bereits die Propaganda der Kriegführenden mit ihrer nachgerade bekannten Insensibilität und Unbekümmertheit dieser Dinge bemächtigt, sodaß die Tatbestände in einzelnen Punkten schon wieder etwas verwischt erscheinen. Zwei Dinge aber, die weiß man: einmal, daß die Serben mit ihren Sympathien weitgehend nach Westen neigen, trotz allem, was inzwischen geschehen ist — und daß sie in solchen Dingen stark gefühlsmäßig reagieren, was schließlich auch nicht allzu unbegreiflich erscheint — und daß anderseits in gewissen politischen Kreisen des Balkans das Gold von jeher gern gesehen worden ist...

Man weiß, wie sehr sich in der Folge die Ereignisse überstürzten. Während der deutsche Aufmarsch gegen Jugoslawien nun an allen Grenzen mit Beschleunigung vollzogen und beendet wurde, erwies sich, daß Jugoslawiens innere Verhältnisse der plötzlich herbeigeführten Versteifung seiner außenpolitischen Haltung nicht gewachsen waren — nachdem das Land jahrelang Kompromißpolitik getrieben hatte — und in verschiedener Hinsicht der Stabilität durchaus entbehrten. Vor allem ergab sich nun, daß der serbo-kroatische Ausgleich, der am 25. August 1939, also gerade noch unmittelbar vor dem erwarteten Ausbruch des Krieges — und demnach wesentlich unter dem Druck der äußeren Verhältnisse — „unter Dach“ gebracht worden war, zu einem guten Teil nur Flickwerk gewesen ist. So erwies sich der Ausgleich, gerade dadurch, daß er in vielen Teilen wohl außenpolitisch bedingt erschien, der Beweglichkeit des Staates auf diesem außenpolitischen Gebiet abträglich. Dies bewies allein schon die Tatsache, daß die schwere und akute außenpolitische Gefährdung des Gesamtstaates die innerstaatlichen Auseinandersetzungen keineswegs zum Schweigen brachte, sondern im Gegenteil erst recht wieder in Erscheinung treten ließ. Die Kroaten benützten die Zwangslage des Gesamtstaates, um sich nicht unwesentliche weitere Privilegien zu sichern, was ihnen auch in ganz erheblichem Maße gelang. Nur um den Preis bedeutender Konzessionen war der Führer der kroatischen Bauernpartei, Dr. Matschek, endlich zum Eintritt in die neue Regierung zu bewegen. Allein es war bereits zu spät. Als König Peter II. am 5. April die Mobilmachung der Armee dekretierte, tankten die deutschen Flugzeuge bereits ihren Brennstoff zum Start nach Belgrad... So nahm das Schicksal seinen Lauf.

In den Morgenstunden des 6. April begann der Krieg auf dem Balkan. Niemandem mehr kam er unerwartet — im Gegensatz, beispielsweise, zu der deutschen Aktion gegen Norwegen, vor einem Jahr. Das ist der Unterschied zwischen dem 6. April 1941 und dem 9. April 1940.

Erwartungsgemäß wurde direkt oder indirekt der ganze nicht türkische Balkan in den neuen Krieg hineingezogen. Nachdem die deutschen Truppen die den jeweiligen Nutznießern zufallenden Gebiete teils besetzt, teils durch benachbarte Aktionen fallreif gemacht hatten, sind deren Truppen nachgezogen und haben von den Gebieten Besitz genommen. Was Bulgarien betrifft, so spielte sich alles völlig glatt und reibungslos ab. In Ungarn freilich, und, wie zu vermuten steht, teilweise auch in Rumänien, stellten sich dieser Entwicklung gewisse Hemmnisse verschiedenen Grades entgegen.

Wie ein scharfer, schriller Pfiff in der Nacht, so zerriß der Pistolenschuß, den Graf Teleki zum 3. April auf sich selbst abgab, die unheimliche Stille, die unmittelbar vor dem Ausbruch des Sturmes bleischwer über dem Südosten lastete. Es soll, so heißt es, ein nachgelassenes Schreiben existieren, in dem der Verstorbene über die Beweggründe seiner Handlung Aufschluß gibt. Glücklicherweise, vielleicht, ist der Inhalt dieser Botschaft nicht bekannt geworden. Ungarns Grenze gegen die Sowjetunion weist eine beträchtliche Länge auf — zwei Tage nach dem Tode Teleki's wurde in Moskau die russisch-jugoslawische Freundschaftserklärung unterzeichnet (damals allerdings kam ihr nurmehr platonischer Wert zu) — als aber Truppen der Honved die früher ungarischen Gebiete im jugoslawischen Staatsverband links der Donau besetzten, erfolgte prompt eine selbst im Ton recht wenig diplomatische Mißbilligung durch die Sowjetregierung... Auch wäre es nicht ohne Interesse, in diesem Zusammenhang den Gründen nachzugehen, die Rumänien bisher bewogen haben, von einer Inanspruchnahme jugoslawischen Gebietes abzusehen; vielleicht ließe sich dergestalt auch eine Erklärung für die allgemein merkwürdig zurückhaltend gewordene Politik dieses Staates finden.

* * *

An dem Tage, da im englischen Oberhaus bekanntgegeben wurde, daß die Zahl der italienischen Gefangenen in Nord- und Ostafrika 180 000 Mann betrage — am 25. März — erklärte Marschall Graziani seinen Rücktritt als Chef des Armeestabes sowie als Gouverneur von Libyen und als oberster Befehlshaber der Streitkräfte in Nordafrika. Am selben Tage besetzte das deutsche Afrikakorps mit El Agheila den westlichen Grenzpunkt der britischen Position in der Cyrenaika. Über das deutsche Afrikakorps hatte man schon vordem verschiedentlich in deutschen Zeitungen gelesen; daß es dem Kommando des Generals Rommel unterstellt war, ist mancherorts bemerkt worden. Inwieweit dies allerdings — beispielsweise — im Hauptquartier von Kairo der Fall war, steht dahin. — Am 4. April wurde Benghasi von den britischen Truppen geräumt, am 8. April fiel Derna, am 12. April wurden Bardia und Sollum genommen, zugleich Tobruk von der Landseite umschlossen. Was die Truppen des General Wavell in zwei Monaten besetzt hatten, ist ihnen in zehn Tagen wieder entzogen worden; bereits haben die deutsch-italienischen Truppen die Grenze der ägyptischen Wüste überschritten — die Bedrohung, die mit dem 7. Februar (Besetzung von Benghasi durch die Engländer) endgültig von dem für England wohl lebenswichtigen Suezkanal genommen schien, ist in gefährlicher Weise wieder erstanden. Trotzdem besteht ein wesentlicher Unterschied zu den britischen Erfolgen des Winters darin,

daß, nach den eigenen Angaben der erfolgreichen deutschen und italienischen Führung, wesentliche Verluste, zumal an Gefangenen, auf der britischen Seite nicht eingetreten sind. Einmal waren die britischen Streitkräfte, anscheinend unmittelbar nach der Eroberung der Cyrenaika, dem vorläufigen Abschluß der Operationen, zu Gunsten anderer Kriegsschauplätze ganz wesentlich reduziert worden, während zum andern die Rückzugsbewegungen der britischen Truppen offenbar mit großem Geschick durchgeführt worden sind. Dies ändert aber nichts daran, daß die Operationen des Generals Rommel als eine ganz hervorragende militärische Leistung gewertet werden müssen, die in der Geschichte dieses an bedeutenden militärischen Ereignissen, aber auch an außergewöhnlichen Beweisen von Mut, Ausdauer und Tapferkeit ziviler und militärischer Kombattanten reichen Krieges einen bevorzugten Platz einnehmen wird.

Infolge der sich überstürzenden Ereignisse auf dem Balkan und der durch die deutsch-italienischen Operationen in Lybien entstandenen Verhältnisse wurde britischerseits eine Beschleunigung der Operationen in Ostafrika notwendig. Am 6. April mußte die Hauptstadt von Italienisch-Ostafrika, Addis-Abeba, von den Italienern aufgegeben werden; diese ziehen sich seitdem nach verschiedenen Richtungen zurück, ohne aber noch irgendwelche Möglichkeit eines Erfolges vor sich zu sehen, nachdem am 9. April der einzig verwendbare italienische Hafen des Roten Meeres, Massaua, in die Hände der Engländer gefallen ist. Wenn dieser Hafen wieder betriebsfähig gemacht ist, besteht für die Engländer eine verhältnismäßig einfache Möglichkeit der Verbindung mit Ägypten, die umso dienlicher erscheint, als nunmehr allem Anschein nach ein nicht unerheblicher Teil der Empire-Truppen in Ostafrika für andere dringende Operationen zur Verfügung steht. Außerdem wurde — und das ist, wenn auch erst nach Ablauf einer gewissen Zeitspanne, für die Versorgungsfrage wichtig — das Rote Meer bis zum Suezkanal nun für die amerikanische Schifffahrt frei erklärt.

* * *

Die Entwicklung auf dem Balkan hat seit dem 6. April ein Tempo angenommen, das selbst diejenigen in Erstaunen versetzt hat, die an sich mit einem verhältnismäßig raschen Abrollen der Ereignisse gerechnet haben. Obwohl im Grunde niemand darüber in Zweifel war, daß die nunmehr seit vielen Monaten weiter ausgebildete und in der Ausrüstung vervollkommnete Armee des deutschen Reiches den Balkan in verhältnismäßig kurzer Zeit, soweit seine Besetzung durch Deutschland beansprucht werde, sich militärisch unterwerfen könne, hat doch vor allem die außerordentlich rasche Ausschaltung Jugoslawiens Aufsehen erregt. Die allgemeinen Gründe dieser beschleunigten Niederlage sind von uns bereits angedeutet worden. Allein dieser Staat, dessen Armee einen guten Klang in der Welt hat, wäre wohl in der Lage gewesen, länger auszuhalten, wenn nicht auch rein militärische Gründe sich zu seinen Ungunsten hätten auswirken müssen. Vielleicht war es dabei nur zu einem Teil die Tatsache, daß der an Durchschlagskraft ohnehin gewaltige deutsche Angriff mitten in die jugoslawische Mobilmachung und in den jugoslawischen Aufmarsch traf, welche diese Entwicklung bedingte. Ein besonderer Nachteil für die jugoslawische militärische Position ergab sich vielmehr allem Anschein nach vor allem in Verbindung mit der plötzlichen Umstellung der militärischen Beziehungen dieses Staates, welche durch die Er-

eignisse des 27. März bedingt wurde. Wie man erfährt, muß nämlich das kurze, aber militärisch äußerst wichtige Strumikatal, das die Verbindung vom Bardartal zum Tal der Struma darstellt, in dem Abkommen vom 25. März zwischen Jugoslawien und den Achsenmächten, also anlässlich des Beitrittes Jugoslawiens zum Dreimächtepakt, eine bedeutende Rolle gespielt haben. Dieses Tal, das in der sogenannten militärischen Geheimklausel zum Beitritt Jugoslawiens einen bestimmten Platz eingenommen haben soll, war offenbar die Schlüsselstellung für die strategische Aufrollung Mazedoniens, welche dem griechischen Widerstand in Thrazien, und kurz darauf auch in Makedonien, ein vorzeitiges Ende bereitete. Wahrscheinlich bildeten gerade diese Verhältnisse auch zu einem Teil den Grund dafür, daß die Position der jugoslawischen Armee in einem ihrer wichtigsten strategischen Punkte, nämlich in Südserbien, so rasch erledigt werden konnte. Dazu kommt auch, daß allem Anschein nach militärische Abmachungen mit den Griechen und den dort gelandeten englischen Truppen kaum schon unter der Regierung des Prinzregenten Paul, die ja der erwähnten Geheimklausel ihre Zustimmung gegeben haben soll, getroffen worden waren, daß diese vielmehr erst nach dem 27. März eingeleitet wurden, also, unter den gegebenen Umständen, zu spät.

Die Besetzung von Saloniki am 9. April überlieferte die thrazischen Gebiete Griechenlands der deutschen militärischen Macht. Damit wurde nicht nur die Verbindung mit der Türkei abgerissen, sondern vielmehr, wie sich nunmehr ergibt, eine Festsetzung deutscher Truppen nicht nur am, sondern im Ägäischen Meer eingeleitet, die nunmehr, wie es heißt, sowohl Samothrake wie Lemnos in Besitz genommen haben. Damit aber erscheinen sie in auffallender Nähe des Eingangs der Dardanellen — im Jahre 1915 war Lemnos die Basis, von der aus die vereinigten Alliierten Truppen das Unternehmen gegen Gallipoli einleiteten.

Diese Umstände, in Verbindung mit der Dispositionsmöglichkeit über die bedeutenden deutschen Truppenbestände, die nunmehr nach der endgültigen Niederwerfung Jugoslawiens verfügbar geworden sind, ließen die griechisch-britische Position äußerst schwierig gestalten. Jedenfalls dürfte das, was eine einsichtige Beurteilung der militärischen Verhältnisse auf dem europäischen Festland dem Beobachter von vornherein nahegelegt hatte, nunmehr eintreten: nämlich die Niederwerfung Griechenlands, und im Zusammenhang damit der Rückzug der zu seiner Unterstützung eingesetzten britischen Truppen. Auf die Umstände dieses Rückzuges wird natürlich sehr viel ankommen — ob die Verluste an Mannschaften und Material, gemessen an der Gesamtlage im Raume des Mittelmeeres, bedeutend ins Gewicht fallen, ob die Durchführung des Rückzuges dem britischen Prestige infolge besonderer Umstände abträglicher sein wird, als es ohnehin der Fall sein muß. Die Unterrichtung über diese Punkte wird binnen kurzem vollendet sein.

Es ist aufgefallen, daß der britische Premierminister Churchill sich in der Sitzung des Unterhauses vom 22. April in Bezug auf die Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen des Mittelmeeres sehr wortkarg gezeigt hat. Diese sind nun zweifellos auch nicht darnach, daß viel Erfreuliches über sie gesagt werden könnte. Andererseits sind die Dinge auf allen Schauplätzen in diesem Raume augenblicklich zu sehr im Fluß, um öffentliche Erläuterungen zu ertragen. Gewiß ist immerhin, daß die britische Landungsoperation in Griechenland zu einem großen

Teil den Rückschlag in Libyen verschuldet und damit eine der wichtigsten Positionen des Mittelmeeres, die wichtigste jedenfalls des östlichen Mittelmeers, in Gefahr gebracht hat.

Wenn nun diese Expedition gleichwohl unternommen wurde, so bestanden ohne Zweifel gute Gründe dafür. Wahrscheinlich wäre der Umsturz in Belgrad vom 27. März nicht eingetreten, hätten nicht nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Bulgarien britische Streitkräfte ihren Fuß auf griechischen Boden gesetzt. Ob die Griechen selbst, ohne eine solche Aktion, gegenüber der unaufhaltbaren deutschen Bedrohung verteidigungsbereit geblieben wären, oder zum mindesten so lange Widerstand geleistet hätten, wie sie es getan haben, ist doch außerordentlich fraglich. Außerdem konnte die britische Politik sich gegenüber einem griechischen Unterstützungsgesuch, nach allem was vorgegangen war, nicht wohl negativ verhalten, wollte sie nicht ihr Prestige, das durch die Erfolge in Nord- und Ostafrika einigermaßen wieder hergestellt erschien, im ganzen Nahen Osten, insbesondere also in der Türkei, aber auch in anderen Bezirken, wo bereits eine unangenehme Luft wehte (Iraq!), aufs Spiel zu setzen, und, mehr als das, Zweifel überhaupt an der Fähigkeit zu irgendwelcher Aktion in der Welt aufkommen lassen. Hier spielte nun ohne Frage auch die Rücksicht auf die stimmungsmäßigen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten, aber auch in Südamerika, nicht zuletzt endlich in den eigenen Dominions eine bedeutende Rolle. Demgegenüber vermochte der Einsatz der britischen Truppen in Griechenland, der wohl letzten Endes den Bruch Jugoslawiens mit den Mächten des Dreierpaktcs nach sich gezogen hat, die sogenannte „Front der Demokratien“ um ein neues Glied zu erweitern, und wenn auch dieser neue Gegner der totalitären Staaten bald überwältigt war, blieb doch die propagandistische Wirkung umso weniger aus, als, nach den bis jetzt eingegangenen Berichten, die Haltung der britischen Truppen an sich und in ihrer Unterstützung des tapferen Griechenland einen guten Eindruck gemacht hat und jedenfalls vermochte, die geschickten Insinuationen der gegnerischen Propaganda, die das „Ausreißen“ der Briten als feststehend anzunehmen vorgab, Lügen zu strafen. Außerdem kommt, wie bereits angedeutet, doch noch einiges darauf an, ob die Zahl der in Griechenland abgesetzten britischen Truppen tatsächlich in einem angemessenen Verhältnis zu dem politischen Einsatz gestanden hat. Sollte hier, wie man behauptet, die Zahl von 60 000 Mann nicht erheblich überschritten sein, so könnte wohl von einer in Bezug auf das allgemein-politische Gewicht unverhältnismäßigen Diverſion kaum gesprochen werden. Allein auf diese Fragen können zweifellos erst die kommenden Entwicklungen im gesamten Raume des Mittelmeers Aufschluß geben.

* * *

Hier erhebt sich nun an erster Stelle und mit wirklich dringender Aktualität das Problem der weiteren Entwicklung der Operationen in Libyen. Sollte Alexandria, der weitaus größte und mit seinen Docks wohl unentbehrliche Kriegshafen des östlichen Mittelmeers, sollte der Suezkanal in deutsche Hände fallen, so wäre es zumindest um die Stellung Großbritanniens im Nahen Osten geschehen. Zwar hört man heute schon davon reden, daß sich die britischen Truppen in diesem Falle nach Palästina, zur Deckung der Ölleitungen aus dem Mossulgebiet, zurückziehen

würden, was gewiß durchaus naheliegend wäre und deshalb wahrscheinlich ist. Allein die Abschnürung des Suezkanals und die Ausschaltung des besten Stützpunktes Englands im östlichen Mittelmeer müßte aus psychologischen Gründen die allerschwersten Folgen nach sich ziehen. Zwar geht der Handelsverkehr mit Indien und dem Fernen Osten schon heute zum allergrößten Teil nicht mehr über Suez; zwar auch würde eine Inbesitznahme des Suezkanals der deutsch-italienischen Position keineswegs einen verwertbaren materiellen Erfolg bringen, da die beiden Mächte auf der See nach wie vor sich nicht bewegen können — allein der Verlust wäre für Großbritannien in jeder Beziehung dermaßen einschneidend, daß schwerste Rückwirkungen auf die allgemeine Lage dieser kriegführenden Partei, vielleicht nicht zuletzt wegen des Schlages auf die Stimmung im englischen Mutterland, in Erwägung zu ziehen wären — ganz abgesehen von der Wirkung auf die Stellung der britischen Dominions, vor allem Canadas und des fünften Erdteils, in ihrem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten.

Aus diesen Gründen ist davon auszugehen, daß die britische Regierung alle Anstrengungen unternehmen und alle Mittel, die ihr zur Verfügung stehen können, anwenden wird, um die Drohung abzuwenden. Weitere Kräfte nach Griechenland zu werfen, wird unter diesen Umständen kaum möglich sein; vielmehr dürfte die Kampagne in Abessinien mit der größtmöglichen Beschleunigung zu Ende geführt, und damit die innere Sicherung dieses Gebietes einer verhältnismäßig geringen Zahl von Truppen überlassen werden, was sich angesichts der Einstellung der abessinischen Führung ermöglichen läßt. Bereits hat sich zur Entlastung der Lage in Libyen die britische Flotte eingesetzt. Zweifellos sind ihre Aktionen durch den ohne wesentliche eigene Verluste eingetretenen Verlauf der Seeschlacht im östlichen Mittelmeer vom 27. bis 28. März bedeutend erleichtert worden, der die italienische Flotte wertvolle, angesichts ihrer verhältnismäßig geringen und bereits mehrfach geschwächten Bestände doppelt wertvolle Kräfte gekostet hat. Inwieweit die inzwischen eingeleiteten Aktionen im Seegebiet zwischen Sizilien und Tripolis, die einige Ergebnisse gezeitigt haben, fortgesetzt werden, d. h. trotz des Einsatzes der deutschen Luftwaffe mit Erfolg fortgesetzt werden können, bleibt abzuwarten.

Zusammenfassend erscheint die Lage Großbritanniens im Raume des Mittelmeers und des Nahen Ostens zur Zeit zweifellos stark gefährdet. Es ist nun eingetreten, was aufmerksame Beobachter für die ersten Frühlingsmonate dieses Jahres zwangsläufig voraussehen konnten: daß nämlich die unbestreitbar gewaltige Überlegenheit des Deutschen Reiches im Raume des kontinentalen Europa dazu führen mußte, daß nicht nur der italienische Verbündete aus seiner schwierigen Lage, und zwar selbst in einem Teile seiner afrikanischen Position, befreit wurde, daß das Reich vielmehr unmittelbar vor der Beherrschung des gesamten Kontinents, durch die Eroberung seiner südöstlichen Ausläufer, steht. Diese Entwicklung kommt insofern nicht überraschend, als niemand daran zweifeln konnte, daß Großbritannien in den Monaten bis zum Herbst des Jahres 1941 mehr als eine äußerst kritische Situation werde durchmachen müssen, bis eben die amerikanische Unterstützung in fortschreitendem Maße fühlbar werden könnte. Nun ist Großbritannien in die erste Etappe dieser kritischen Periode eingetreten, und es bleibt abzuwarten, ob und wie es sie durchstoßen kann.

Die Antwort auf diese Frage steht in enger Verbindung mit der ebenfalls auf vollen Touren laufenden „Schlacht im Atlantik“, die bereits die

erwarteten äußerst schweren Verluste zu Lasten des englischen Schiffsraums zur Folge gehabt hat. Zur gleichen Zeit werden die Luftangriffe gegen die britischen Inseln laufend verstärkt, ohne daß die englische Luftwaffe, angesichts ihrer starken Beanspruchung auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen, nicht zuletzt im Mittelmeer, bis heute in die Lage gekommen wäre, die dem englischen Mutterland zugefügten Schläge auch nur annähernd zurückzugeben.

So befindet sich das Britische Weltreich zweifellos in einer für seinen Bestand äußerst bedrohlichen Zwischenlage.

Die Vereinigten Staaten sind indessen zu voller Aktion übergegangen. Es mag hier nur auf die Rede des Präsidenten Roosevelt vom 15. März 1941 verwiesen werden, in der die Gegnerschaft zu den totalitären Mächten und die Entschlossenheit, die britische Sache ohne Rücksicht zu einem siegreichen Ende führen zu helfen, mit nicht mehr zu überbietender Schärfe zum Ausdruck gebracht wurden. Mag auch in dem einen oder andern Punkt über die Modalitäten der Hilfeleistung diskutiert werden — z. B. über die Frage der Zweckmäßigkeit, britische Handelsschiffe durch Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten begleiten zu lassen —, so ist doch ein Zweifel darüber nicht möglich, daß, wie Roosevelt sagte, nun „das Ende jedes Versuches der Befriedung“ gekommen sei und daß die Vereinigten Staaten entschlossen sind, die für England unbedingt erforderliche „Brücke von Schiffen über den Ozean zu bauen — eine Brücke von Schiffen, die Waffen und Lebensmittel transportieren.“



In diese bewegte Zeitspanne der Kriegspolitik fiel endlich eine äußerst interessante Entscheidung auf dem diplomatischen Felde. Am 13. April 1941 wurde im Moskauer Kreml zwischen Japan und der Sowjetunion ein Neutralitätspakt unterzeichnet, der jedem der beiden Partner im gegebenen Falle die Freiheit in seinem Rücken zu sichern bestimmt ist. Über die weiteren Konsequenzen des Paktes nämlich, der an sich, nach seinem dokumentierten Inhalt, über das erwähnte, immerhin sehr beachtenswerte Ergebnis eigentlich nicht hinausgeht, ist zurzeit zwar ein eifriges Rätseln im Gange, ohne daß aber bis heute irgendwelche Klarheit erreicht worden wäre. Gerade dies liegt vermutlich in der Absicht der beiden Vertragsschließenden. Für die weitere Entwicklung der Weltpolitik, die ihrerseits von den nächsten Ergebnissen der kriegerischen Ereignisse im Raume des Mittelmeers zweifellos stark beeinflusst werden wird, ist der Neutralitätspakt von Moskau, in Verbindung mit der jüngsten und der zukünftigen Linie der russischen Politik überhaupt, von großer, vielleicht von ausschlaggebender Bedeutung.

Zürich, den 23. April 1941.

Jann v. Sprecher.

Schweizerische Umschau.

Der Familienschutz in gewöhnlicher und in ungewöhnlicher Beleuchtung.

Schutz der Familie! — Man hat festgestellt, daß heutzutage die kinderreichen Familien schmal durchmüssen, daß zahlreiche Ehen kinderlos bleiben und daß der Nachwuchs des Volkes immer spärlicher einher marschiert. Hatten bislang alle ethischen Ermahnungen nichts gefruchtet, um der Familie aufzuhelfen, so schlug jetzt das Angstmachen des Direktors des Eidg. Statistischen Amtes vor dem Untergang des Volkes ein. Das Wort „Familienschutz“ ist eigentlich erst seit dessen aufsehenerregenden Enthüllungen in Aller Munde: man bemüht sich jetzt, der Familie diejenigen Lebensbedingungen zu schaffen, deren sie zu ihrer Existenz und zur Heranziehung von Kindern bedarf. Das ist gewiß ein lobenswertes Beginnen. Aber ist es nicht für unsere Zeit typisch, daß man auch hier wieder glaubt, alles nur mit Geld machen zu können? So dreht sich heute der ganze Familienschutz nur um Kinderzulagen, Unterstützungen und den Familienlohn. Wir sind sicher die letzten, die in diesen Einrichtungen nicht die guten Früchte einer geläuterten Erkenntnis sähen, und uns nicht freuten, daß diese Erkenntnis endlich durchgedrungen ist. Wie lange haben doch sowohl der Staat und die Unternehmer, als auch die sozialistischen Gewerkschaften einzig den Leistungslohn gelten lassen und sich gegen jede Bevorzugung der arbeitenden Familienväter in der Entlohnung gesträubt! In unserem Lande waren es nur einige wenige christliche Sozialpolitiker, an Gruppen nur der Verband Evangelischer Arbeiter und Angestellter sowie der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund, welche unablässig für eine höhere Entlohnung der Familienväter eintraten, während in vielen umliegenden Ländern der Familienlohn sich bereits eingelebt hatte. Jetzt hingegen ist man sich ja in dieser Sache sozusagen einig, hat doch der Ständerat zum Beispiel im vergangenen Monat Dezember eine Motion Amstalden gutgeheißen — die Katholiken haben auch hierin unbedingt die Führung —, wonach der Bundesrat eingeladen wurde, in Anlehnung an die bestehende Lohnersatzordnung für Wehrmänner die Errichtung von Ausgleichskassen vorzunehmen, um den Familienlohn in einer für Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragbaren Weise einzuführen. Die Frage geht nur noch dahin, ob besondere Ausgleichskassen geschaffen werden sollen oder ob man sich später der bereits eingerichteten Ausgleichskassen für Wehrmänner bedienen soll, ferner dahin, wie weit der allgemeine Leistungslohn für Familienväter reichen soll und vom wievielten Kind an dann Zuschüsse für die Kinder zu geben sind.

Geld regiert aber auch hier gewiß die Welt nicht allein. Mit Geld lassen sich wohl einige Gegenwartsnöte kinderreicher Familien stillen, und die Familienzulagen mögen dieses und jenes Elternpaar sonstiger Sorgen wegen des Familienzuwachsens entheben, aber das alles wird auf die Gesamteinstellung des Volkes keinen großen Eindruck machen. Wir sind noch nicht so weit wie die Genfer Zeitung „La Suisse“ (Nr. 46/1941), welche glaubt, Ibsens Nora sei unter uns ausgestorben, die Mann und Kinder verläßt, um ihr eigenes menschliches Wesen zu entfalten, und die nur ihr persönliches Leben zu leben wünscht. Vielmehr: die Quelle aller Familiennot, die gemeinschaftswidrige Selbstherrlichkeit des Menschen, dürfte sich ungeachtet allen Familienlohnes weiter ergießen und das Volk unfruchtbar machen. Wir denken da wie Professor Emil Brunner, der in der Zeitschrift „Der Grundriß“ (Februar 1941, Sonderheft über „Die Familie“) schreibt: „... als der entscheidende Faktor stellt sich für jeden, der den Dingen etwas auf den Grund geht, eine geistige Tatsache heraus, nämlich eine gewisse Einstellung zum Leben, die für die Familiengemeinschaft und ihre Bindungen kein Verständnis hat. Lebensgenuß, individuelle Freiheit, der Wille, über sein Leben zu entscheiden, wie man es selbst

für gut findet, die Anschauung, daß ein jeder Mensch sich selbst gehöre und nur sich selbst verantwortlich sei, das sind einige Stichworte, in denen diese neue Lebensanschauung sich ausdrückt und an denen auch erkennbar wird, warum dieses „moderne Denken“ zur Auflösung der Familienordnung führen muß.“ Es heißt also die Familiennot, die zu einer Not unseres ganzen Volkes geworden ist, an dieser Quelle verstopfen! Ohne weiteres anerkennen wir darum Bemühungen z. B. des Berner Synodalrates, der mit einem Aufruf an die Kirchengemeinden zur Besinnung auf die Grundlagen der Familie gelangte, oder auch die Bemühungen der „Eglise nationale vaudoise“, welche im verflossenen Februar „une croisade pour la famille“ veranstaltete, weil sie sich sagte: „L'église a donc elle aussi, elle surtout, une mission urgente a remplir à cet égard. Il lui appartient de rappeler avec insistance le caractère sacré du mariage, la haute et la belle responsabilité des parents, le devoir de fidélité qui unit les uns aux autres tous les habitants du foyer, quel que soit leur âge. C'est dire que Dieu lui-même doit présider la vie de la famille . . .“ Im Grunde hat auch die Familienschutzkommission der „Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft“ begriffen, daß es beim Bestande der Familie wesentlich auf die Gesinnung ankommt; in ihrer Rundgebung von Mitte Februar lesen wir nämlich: „Familienschutz ist nicht nur wirtschaftliche Hilfe. Er hat vor allem auch die Erneuerung und Pflege des Familiensinnes ins Auge zu fassen, die Opferbereitschaft und das Verantwortungsgefühl gegenüber der kommenden Generation zu wecken.“

Allein diese Erkenntnis ist noch nicht weit ins Volk hinaus gedrungen, und man wollte nach wie vor alles am liebsten mit Geld abtun. Selbst Bemühungen von der Art reichen aber zum Schutze der Familie nicht hin, wie sie die jüngst zu Bern gegründete „Schweizerische Gesellschaft für Familie und Heimat“ anstrebt. Diese Vereinigung möchte nämlich das Volk über den „Sinn und Wert einer richtig verstandenen Familienforschung und Vererbungslehre“ aufklären, um dadurch das Verantwortungsgefühl gegenüber der Familie zu wecken. Was nützen aber alle Einsichten, wenn doch der menschliche Wille dabei immer noch seinen alten schadhafte Weg nimmt? Wer der Familie helfen will, muß jetzt einfach verschiedenen Denkweisen und Lebensgewohnheiten unangenehm werden, zum Angriff gegen sie übergehen. Dafür braucht es etwas anderes als bloß „gute Menschen“, die Familienzulagen austeilen und über Vererbungslehre dozieren. Dafür braucht es einen nicht mehr landläufigen Mut, ja sogar den Mut, unpopulär zu werden. Die Familie nämlich, welche dem rechten, schöpfungsgemäßen Sinn und Wesen dieser Gemeinschaft entspricht, kann unter gleichbleibender Gesinnung des Volkes so wenig gedeihen wie der Fisch auf dem Trockenen. Darum gilt es, ihr auch sonst diejenigen neuen Lebensverhältnisse zu schaffen, die ihr Gedeihen ermöglichen oder fördern.

Ich führe nur einige Beispiele an: Wenn die Frau in der Familie eine andere Organfunktion hat als der Mann, so ist es grundsätzlich falsch, die Frauen gleich intellektuell auszubilden wie die Männer oder ihnen allzu viel berufliche Selbständigkeit zu verschaffen. Zeigen nicht die Statistiken — man muß zwischen den Zahlen lesen, denn Manches wird geflissentlich statistisch nicht festgestellt —, daß die kinderlosen und die zerfallenden Ehen dort am zahlreichsten sind, wo die Bräute intellektuell und beruflich am meisten an Selbständigkeit gewöhnt waren? Die natürliche Ordnung will eben, daß die Frau an den Mann hinauf schaut — und nicht umgekehrt der Mann an die Frau hinauf. Es wäre also den Familienförderern aufgegeben, für eine fraulichere Erziehung und Betätigung der Mädchen zu sorgen — eine ungeheuerliche Anmaßung gegenüber dem Zeitgeist selbstverständlich! Oder ein zweites Beispiel: Die Familie muß einen gewissen natürlichen Raum zur Entwicklung haben; irgendwie naturverbundene einigermaßen geräumige Wohnungen, die neben den Kindern auch den Großeltern Platz bieten, sind daher zu fordern. Darum gilt es grundsätzlich

den Kampf aufzunehmen gegen allen sogenannten Kleinwohnungsbau, namentlich in den Städten, und es ist auch alle Förderung weiteren städtischen Lebens zu unterlassen. Zur Bekämpfung der familienfeindlichen Städte genügt es nicht, das Landleben zu preisen, sondern man muß darnach trachten, daß Stadtleben möglichst zu erschweren — eine zweite ungeheuerliche Anmaßung gegenüber dem Zeitgeist selbstverständlich! Endlich das dritte Beispiel: Die Familie bedarf zu ihrer gedeihlichen Entwicklung einer gewissen Ruhe im wörtlichsten Sinne, denn in der heutigen Unruhe vermag sich der Familiensinn nicht auszubilden. Die Familienglieder müssen miteinander leben, nicht einander bloß gelegentlich sehen. Aus diesem Grunde erweist es sich als dringende Notwendigkeit, alles zu tun, um der Familie konsequent Ruhezeiten zu verschaffen, wo sie ohne Störung von außen gemeinsam lebt. Da wäre aufs Neue die Forderung zu erheben, daß der Sonntag und insbesondere die hohen Feiertage einfach der Familie gehören, daß die vielen sonntäglichen Ablenkungen von der Familie zu bekämpfen sind — eine dritte ungeheuerliche Anmaßung gegenüber dem Zeitgeist selbstverständlich!

Wer aber wirklich Familienschutz treiben will, überlege sich, ob man zu dem hohen Behufe des Familienschutzes nicht doch dem Zeitgeist in dieser Weise das Genick brechen müsse!

Bülach, im April 1941.

Walter Hildebrandt.

Kultur- und Zeitfragen

Die Basler-Buchser Ausstellungen.

Der fünfzigste Todestag von Frank Buchser (1828—90) wurde in Basel durch zwei Ausstellungen gefeiert, die einen starken und wohl auch einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen haben.

Im Oktober stellte zunächst das Museum in den Sälen des Mittelgeschosses neben den Gemälden, die die Galerie einst selbst gekauft hatte, den Hauptteil des großen Nachlasses von Ölstudien und Zeichnungen aus, die der Arzt Dr. Joseph Buchser im Einverständnis mit seinem schon früher verstorbenen Bruder dem Basler Museum 1894 gestiftet hat und die 1899 in das Eigentum des Museums übergegangen waren. Es gibt wohl sehr wenige Künstler, von deren Studien so viel erhalten und noch dazu in einer und derselben Sammlung zu sehen ist. Es waren im Ganzen über vierhundert Ölstudien, einige nach Gemälden von alten Meistern, an denen der angehende Maler einst am meisten gelernt hat, die große Mehrzahl aber nach Landschaften und Menschen, die er auf den vielen Reisen seines Lebens besucht hatte; dazu kamen mehr als siebenhundert einzelne Zeichnungen und 117 Skizzenbücher. Kein Mensch wohl außer den Beamten des Museums und einigen Liebhabern hatte das Material ganz durchgesehen, obwohl die Stiftung nicht unbekannt war und Einzelnes, gelegentlich auch eine größere Reihe (so 1925 in Winterthur) auf Ausstellungen erschienen war. Die geschmackvolle und wohlüberlegte Anordnung an den hellen Wänden der Sammlungsräume in Basel überraschte nun aber auch diejenigen, die schon einmal Stück für Stück in die Hand genommen hatten, ein beredtes Zeugnis dafür, wie großzügig und bildmäÙig alles gesehen war.

Buchser ist der Altersgenosse von Böcklin und Feuerbach, Koller und Stückelberg, Bünd, Anser und Benjamin Vautier, er gehört also einer Generation an, von